

Koordinierungsstelle sexuelle Gewalt:

Die von der Berliner Landeskommision gegen Gewalt in Auftrag gegebene „Schnittstellenanalyse zum Themenkomplex Sexuelle Gewalt“ schlägt zur Verbesserung der Vernetzung zwischen den bestehenden Einrichtungen und zur Erleichterung des Zuganges die Schaffung einer Koordinierungsstelle sexuelle Gewalt vor.

Beabsichtigt Ihre Partei eine solche Koordinierungsstelle einzurichten?

- **SPD:** Eine solche Koordinierungsstelle hält die Berliner SPD für sinnvoll, sollte die schwierige Haushaltslage des Landes die Realisierung ermöglichen.
- **DIE LINKE:** Mit der Schaffung des NETZWERK KINDERSCHUTZ wurde bereits ein wichtiger Schritt realisiert, um die erforderliche Koordination – insbesondere zwischen Jugendhilfe, Gesundheitsämtern und Polizei – sicher zu stellen. Da für den Schutz des Kindeswohls die bezirklichen Jugendämter zuständig sind, kommt ergänzend der überbezirklichen Vernetzung und der Entwicklung einheitlicher Indikatoren und Handlungsstandards besondere Bedeutung zu. Über die Zuständigkeiten der Bezirke hinaus sind berlinweit einheitliche Zugänge geschaffen worden. Die fachliche Qualität wird gesamtstädtisch über die Arbeitsgemeinschaft Kinderschutz des Landesjugendhilfeausschusses kritisch reflektiert und in der Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft kontinuierlich weiter entwickelt. Damit erübrigt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Notwendigkeit zur Schaffung einer weiteren Koordinierungsstelle.
- **Bündnis 90/Die Grünen:** Die „Schnittstellenanalyse zum Themenkomplex Sexuelle Gewalt“ hat durch die umfassende Sicht- und Herangehensweise auf die Problematik deutlich gemacht, wie vielschichtig das Problem ist und wie differenziert es bearbeitet werden muss. Wir halten eine Landeskoordination zur besseren Vernetzung der existierenden Strukturen im Kinderschutz, in der Jugendhilfe, zu häuslicher Gewalt und zum allgemeinen Opferschutz für sehr sinnvoll. Die Betroffenen von sexueller Gewalt würden dadurch angemessener und früher geschützt sowie unterstützt werden. Die Realisierung werden wir im Zuge der kommenden Haushaltsberatungen prüfen.
- **CDU:** Dafür müsste es erst einmal eine ordentliche Entscheidungsgrundlage geben, denn der Schnittstellenanalyse ist zu entnehmen, dass es bei den Expertinnen und Experten, die bereits in diesem Bereich arbeiten, Zustimmung als auch Ablehnung für eine Landeskoordinierungsstelle gibt. Deshalb ist u. E. zunächst einmal die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung parlamentarisch zu klären, weil dafür in nicht unerheblichem Umfang Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Diesen Klärungsprozess werden wir gern unterstützen.